Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Fernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage • Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 12 | Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab. | Montag, 17. Januar 1921. (Antonius) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 17. Jan. Nachdem die interalliierte Kommission das Uebereinkommen für die Ueberschichten im Bergbau genehmigt hat, werden jetzt bereits in 22 Bergwerken Ueberschichten verfahren. In den andern Bergwerken werden die Ueberschichten in den nächsten Wochen einsetzen.

Berlin, 17. Jan. Die Gründung einer Preußischen Königspartei ist dieser Tage in Berlin erfolgt. Die Partei will selbst keine parlamentarische Tätigkeit ausüben und den Parteien keine Konkurrenz machen. Sie sieht ihre Aufgabe vielmehr in der monarchischen Propaganda und will mit dieser die rechtsstehenden Parteien entlasten.

Willich, 17. Jan. Am 13. d. M. legte die Arbeiterschaft der Abteilung Reinholdshütte der Stahlwerk Becker Aktiengesellschaft, Krefeld-Rheinhafen, die Arbeit nieder.

Wien, 17. Jan. Die Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und den streikenden Postangestellten führten am 15. Januar spät abends zur Einigung, so daß beschlossen wurde, den Streik im Post-, Telephon- und Telegraphenbetrieb für beendet zu erklären.

Paris, 17 Jan. In den Straßen Corks fanden wieder Schießereien statt. Zwei Polizeibeamte und zwei Polizisten wurden verwundet. Ungefähr 60 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Paris, 17. Jan. Der Matin meldet aus London: Eine Drahtung berichtet aus Washington, daß sich Harding endgiltig entschlossen hat, Hughes zum Staatssekretär zu ernennen.

London, 17. Jan. Evening Standard schreibt, die Besprechungen des Obersten Rates finden am 25. Januar in Paris statt.

Ein Urteil gegen Landrat v. Lüninck.

Aachen, 17. Jan. Vor dem belgischen Kriegsgericht in Aachen stand am Samstag der Landrat des Kreises Neuß, Frhr. v. Lüninck, unter der Anklage, einem Befehl des belgischen Kommandanten in Neuß Widerstand geleistet zu haben. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Der Verurteilte wurde auch sofort in Haft genommen.

Ausweisung aus Oberschlesien.

Berlin, 17. Jan. Reichsminister a. D. Gothein ist aus Oberschlesien ausgewiesen worden. Er gibt darüber folgende Auskunft: Die öffentliche Versammlung in Kattowitz sei vom französischen Bezirkskommissar verboten worden, weil sie eine viertel Stunde später, als die Bestimmung es vorschreibt, angemeldet worden sei. Während sich der englische Kommissar für die Genehmigung der Versammlung eingesetzt habe, sei der französische Major bei seiner Weigerung geblieben. Es sei darauf eine neue Versammlung angemeldet worden. Er sei dann zum Bezirkskommandanten gebeten worden, der ihm mitgeteilt habe, die bereits genehmigte Versammlung sei von Oppeln aus wieder verboten worden. Auf die Frage nach den Gründen für das Verbot verweigerte der französische Major die Auskunft und teilte ihm lediglich den Befehl der Interalliierten Kommission in Oppeln mit, daß er mit dem nächsten Zuge Oberschlesien verlassen müsse. Da dies ein Bummelzug war, bat Gothein, wenigstens den um eine Stunde später fahrenden D-Zug benutzen zu dürfen. Diese Bitte wurde ihm kurzerhand abgeschlagen. Die Stimmung in Oberschlesien sei, soweit er dies in der kurzen Zeit seines Besuchs habe feststellen können, mutig und guter Hoffnung, aber nur etwas gedrückt infolge des Drucks, unter dem die deutsche Bevölkerung zu leiden habe.

Aufruf an die Eisenbahner.

Berlin, 17. Jan. Der Sechszehnerausschuß erläßt im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden folgenden Aufruf:

Die langwierigen Verhandlungen, die am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde das nachstehende Ergebnis erzielt:

Die Teuerungszuschüsse werden in folgender Weise erhöht: 1. für die Beamten in Ortsklasse A von 50 auf 70 v. H., in Ortsklasse B von 50 auf 67 v. H., in Ortsklasse C von 50 auf 65 v. H., in Ortsklasse D von 50 auf 60 v. H., in Ortsklasse E von 50 auf 55 v. H.; 2. für die Arbeiter in Ortsklasse A die Stunde um 60 Pfennig, in Ortsklasse B die Stunde um 50 Pfennig, in Ortsklasse C die Stunde um 40 Pfennig, in Ortsklasse D die Stunde um 30 Pfennig, in Ortsklasse E die Stunde um 20 Pfg.

Das vorliegende Ergebnis ist zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spitzenorganisationen und nach vollständiger Erschöpfung des Verhandlungsweges. Die Vorstände der Eisenbahnerverbände werden jetzt auf dem schnellsten eWge zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertrter der Spitzenorganisation haben den Sechzehnerausschuß ersucht, trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abstimmung seine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen. Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationsinstanzen feststeht, wird diese mit einer eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhalts den Mitgliedern unterbreiter werden.

Die im Sechszehnerausschuß zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbandsstellen abzuwarten und sich durch keinerlei von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiks und dergl. hinreißen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.

Deutscher Eisenbahnerverband. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbedienstteter. Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Briand der „Mann".

Peret dankt.

Paris, 15. Jan. Raoul Peret hat das Palais Bourbon verlassen und sich ins Elysee zu Präsident Millerand begeben. Beim Verlassen der Kammer erklärte er den Journalisten gegenüber: „Meine Mission ist beendet, ich verzichte auf die Bildung des Kabinetts."

Ein Kabinett Briand?

Paris, 15. Jan. Briand hat das Elysee um 3,45 Uhr verlassen. Er erklärt, er sei von Millerand mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden. Er werde zwischen 6 und 6,30 Uhr wieder im Elysee vorsprechen und dem Präsidenten Millerand Mitteilung machen über das Ergebnis der Besprechung mit evtl. Mitarbeitern.

Briand, der „Mann".

Paris, 16. Jan. Das Ministerium Briand ist gebildet. Heute nachmittag 6 Uhr begab sich der neue Ministerpräsident ins Elysee und unterbreitete Millerand die endgültige Liste seines Ministeriums. Das Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Ministerpräsident und Minister des Aeußern: Briand, Justizminister: Bonnevay, Minister des Innern: Marraud, Kriegsminister: Barthou, Marineminister: Guisthau, Finanzminister: Paul Doumer, Minister für die befreiten Gebiete und für die Wiederherstellung: Loucheur, Unterrichtsminister: Leon Berard, Kolonialminister: Albert Sarraut, Minister für öffentliche Arbeiten: Le Trocquer, Pensionsminister: Maginot, Handelsminister: Lucien Dior, Ackerbauminister: Lefebre du Pre, Minister für Hygiene: Leredu.

Einen letzten Vorstoß, der Briand die Arbeit erschweren sollte, unternahmen noch einmal die Action Francaise, wo Daudet seinen Leitaufsatz mit Das Veto von Lloyd George gegen Poincare überschrieb, und der Figaro, in dem Latzarus auch berichtete, daß man in der Kammer sich ganz offen erzähle, ein Veto von Lloyd George habe die Ernennung von Poincare zum Minister des Aeußern verhindert. Der Aufsatz gibt dann weiter der Ueberzeugung Ausdruck, daß dem Ministerium Briand nur eine kurze Lebensdauer beschieden sein werde, und daß letzten Endes goch nichts weiter übrig bleiben werde, als den Mann zu berufen, den man heute gegen den Willen des Parlaments und des Landes ausschalte: Poincare.

In der Victoire dagegen tritt Gustave Herve mit aller Energie für das neue Ministerium ein. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, den Friedensvertrag auszuführen: die Methode der Gewalt, der Besetzung des Ruhrgebiets, und die Methode, mit Deutschland in aller Geduld Mittel und Wege ausfindig zu machen, die es Deutschland ermöglichten, Frankreich seine Schuld zu bezahlen. Diese Methode mache eine sofortige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich nötig und könne schließlich zu einer Entspannung und letzten Endes zu einer Versöhnung der beiden Völker führen. Herve ist der festen Ueberzeugung, daß die Mehrheit des republikanischen Frankreichs einmütig hinter dieser Methode, welche die Methode Millerands und Briands sei, stehe.

Briand selbst hat dem Mitarbeiter des Echo de Paris, Marcel Hutin, gegenüber erklärt, es sei ein Ministerium der nationalen Einigung im weitesten Sinne, das er bilden wolle, und diese Aeußerung wird im allgemeinen von der Presse sympathisch besprochen.

*

Wir kommen wieder zu dem Schluß: Auch Briand ist keineswegs der Mann deutschen Vertrauens. Lediglich aus außenpolitischen Rücksichten (England) hat er vor dem „starken Mann" Poincare den Vorzug bekommen. Sein Kabinett wird wahrscheinlich auf noch schwächeren Füßen stehen, als das seines Vorgängers. Es wird Brüssel u. a. zu knacken haben. Seine Politik kann nichts weiter sein, als der aufreibende Versuch, mit dem nationalistischen Hetzer, dem sog. Gloire, die Beleuchtung zu erhalten, die der Vertrag von Versailles ihm gegeben hat, also gegenüber den Hammerschlägen der Zeitentwicklung das unselige Instrument künstlich zu halten. Dabei mag ihn von Poincare nur das Temperament unterscheiden, indem er die ultima ratio, das sog. Schwert halt einige Meter weiter in die Ecke stellt. Frankreich wird so lange starken Ministerverbrauch leiden, als es ihm nicht gelingt, den guten Willen aufzubringen, der Möglichkeiten und Notwendigkeiten der europäischen Krise überblickt.

Der Reichsetat des Innern.

Berlin, 16. Jan. Der Hauptausschuß wendet sich der Besprechung der Tätigkeit des Reichskommissars für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung zu. Abg. Dr. Breitscheid (USP) kritisiert, es sei ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, wenn der Minister durch einen Erlaß die Staatsanwaltschaft gegen eine politische Partei scharf mache. Minister Koch regiere gegen links, aber nicht in gleicher Schärfe gegen rechts. Redner fragt u. a., ob Schritte getan seien, um das Wirken eines bekannten in Deutschland befindlichen weißrussischen Generals zu überwachen. Abg. Dr. Pachnicke (Dem.) ersucht den Minister um Aufklärung über den von der Presse gemeldeten angeblichen Versuch Ludendorffs, deutsche Soldaten an die Entente zu liefern.

Reichsminister Koch weist die Behauptung, als ob er sich nur gegen das gewaltsame Vorgehen der Linken wende, mit aller Entschiedenheit zurück. Es seien Aufrufe zum gewaltsamen Umsturz in aller Oeffentlichkeit erschienen. Ein demokratischer Minister sollte doch wohl das Recht haben, gegen den Umsturz der demokratischen Verfassung Stellung zu nehmen. In der Zeit der alten Koalition sei genau so verfahren worden. Dr. Breitscheid habe davon gesprochen, daß es sich bei den Kommunisten nur um theoretische Erörterungen handele. Der Minister weist auf die Rede Ledebours hin, in der dieser auf die „Berliner Mörderzentrale" der Kommunisten hingewiesen habe. Eine theoretische Mörderzentrale könne sich nun der Minister nicht gut vorstellen. Zum Schreiben Ludendorffs äußert sich der Minister dahin, Ludendorff habe das Schreiben dementiert. Die Sache selbst werde noch geprüft. Der Minister betonte, daß der in Berlin befindliche weißrussische General einer gewissen Beobachtung unterzogen werde.

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.) hält es für erforderlich, daß ein einheitliches Zusammenwirken mit den Ländern hinsichtlich der Ueberwachung der öffentlichen Ordnung stattfindet. Die Grenzpropaganda müsse im Geiste der Versöhnung aufgezogen werden, aber auch den besonderen Verhältnissen Rechnung tragen.

Reichskommissar Künzer gibt Aufschluß über die Art seiner Arbeit. Seine Orientierungsquellen seien die von den Behörden geschaffenen Organe, mit denen stehe er in engster Beziehung. Daneben verfolge er sorgfältig die Presse. Er gehe ganz gleichmäßig vor gegen Umsturzbestrebungen von rechts und links.

Müller-Franken (Soz.). Es sei kein Zweifel, daß Teile der kommunistischen Partei zur Gewalt aufforderten. Solange solche Bestrebungen vorhanden seien, müsse die Regierung diese beobachten. Auch seien die Dinge, die von rechts kommen, durchaus der Beobachtung wert.

Dr. Maretzky (D. Vp.) bittet um Auskunft darüber, ob bei dem Reichskommissar für öffentliche Ordnung bedeutendes Material vorliege, wonach irgendwelche Putsche von linksradikaler Seite geplant seien.

Reichsminister Koch teilt mit, daß Pläne zum gewaltsamen Umsturz bestehen. Das könne vielfältig bewiesen werden. Diese Pläne des näheren darzulegen, dürfte aber nicht angebracht sein. Der Minister überschätzte die Gefahr nicht, aber auch örtliche Putsche könne die deutsche Wirtschaft nicht mehr ertragen.

Darauf genehmigte der Hauptausschuß 1 250 000 000 Mark für Zwecke polizeilichen Schutzes und 36 Millionen Mark zur Unterhaltung der Landesgrenzpolizei Ost und Nord.

Hierauf werden die Kosten für die Durchführung der Filmprüfung- und der Reichsfilmstelle besprochen.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Die Filmindustrie habe wertvolle kulturelle Funktionen zu erfüllen, müsse aber entschieden auf volkserzieherische Werte sich einstellen. Die Anwendung des Lichtspielgesetzes lasse hier und da an Entschiedenheit vermissen. Die Stellung der Besitzer bei den Filmprüfungsstellen dürfe nicht geschwächt werden, wie es neulich in der Erklärung eines Regierungsvertreters geschehen sei.

Abg. Mumm (Dn. Vp.) bringt Einzelbedenken über die Ausführung des Filmgesetzes vor.

Der Abg. Braun-Franken (Soz.) würdigt die Bedeutung des Films, der veredelt werden müsse, da er ein wichtiger, wenn auch nur ungenügender Ersatz des Theaters sei.

Reichsminister Koch. Man dürfe nicht nach der Zahl der verbotenen Filme urteilen. Die Hauptsache sei die vorbeugende Tätigkeit. Filme, wie sie früher aufgeführt wurden, werden jetzt bei den hohen Kosten der Herstellung wegen des Risikos des Verbots gar nicht mehr hergestellt. Polizeilich lasse sich aber nur der Schmutz bekämpfen, nicht der Kitsch.

Hierauf wird vom Hauptausschuß ein Antrag Dr. Schreiber (Ztr.) angenommen, wonach in Prüfung einzutreten ist, wie die Reichsfilmstelle abgebaut werden soll.

Der Hauptausschuß wendet sich nunmehr der Besprechung des Reichskommissariats für die besetzten Reichsgebiete in Koblenz zu. Frau Dr. Matz (D. Vp) stellt den Antrag auf Anstellung einer Referentin. Dem Antrag wird von Frau Wulff (USP) beigetreten. Hierauf wird der Antrag angenommen.

Zentrum und Beamtenschaft.

Der Wahlkampf wird ein Kampf um die Seele der Wähler werden. Rechte und Linke versuchen kampfhaft ihre Stellungnahme zu den einzelnen politischen Problemen der Gegenwart in ein Licht zu setzen, das sie als die richtigen und einzig wahren Verfechter der Interessen des ganzen Volkes und der einzelnen Stände erscheinen läßt. Da dieses bei objektiver Darstellung der jeweiligen Tatsachen nicht immer zu erreichen wäre, scheut man vor Entstellungen und Legendenbildungen nicht zurück. So ist gerade in den Beamtenbesoldungsfragen, die in den letzten Wochen dem politischen Kampf eine so bedeutsame Note gegeben haben, eine üppige Fabrikation von Legenden aufgekommen. So wird von sozialdemokratischer Seite behauptet, die Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären für Preußen sei nur den Bemühungen der sozialdemokratischen Partei zu verdanken. Tatsächlich liegen die Dinge aber so, daß alle Parteien, von der äußersten Rechten bis zur radikalsten Linken im Besoldungsausschuß für diese Gleichstellung eingetreten sind.

Forscht man nach den Ursachen der Notlage der Beamten, so ist wohl als die nächste unsere ganze wirtschaftliche Lage mit ihrer immer mehr steigenden Geldentwertung und den dadurch bedingten Kostensteigerungen für alle Lebensbedürfnisse zu nennen, dann aber liegt die Ursache gerade für die schwere Lage der Beamtenschaft weiter zurück, sie reicht zurück bis in die Reichstagsperiode 1907 bis 1912. Die Regierung, die die Beamtenverhältnisse damals fanden, haben trotz des Kampfes des Zentrums, das schon seit 1905 für die Kinderzulagen eingetreten ist, eine gewisse Starrheit der Besoldungsmöglichkeiten gebracht, die sich bei der sprunghaften wirtschaftlichen Weiterentwickelung jetzt so bitter rächen mußte. Als nunmehr die Beamtenfragen wiederum akut wurden, hat sich das Zentrum mit aller Energie, in den Ausschüssen und im Plenum, in die Bresche geworfen und herausgeholt, was herausgeholt werden konnte.

Daß die herrschenden schweren finanziellen Nöte des Reiches und der Länder dem Zentrum und seiner Fürsorge für die Beamtenschaft schwere, nicht wegzuräumende Hindernisse in den Weg gelegt haben, wird wohl von niemandem mehr bedauert als vom Zentrum. Als eine der ersten zu lösenden Aufgaben galt dem Zentrum die Fürsorge für die kinderreichen Beamten. Ueber die Notwendigkeit der Kinderbeihilfen war man sich bei allen Parteien einig, nur bezüglich der Staffelung gingen die Ansichten auseinander. Der Abg. Traumann vom Zentrum machte zu dieser Frage bedeutsame Ausführungen: „Die allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages ist wegen des Widerspruchs des preußischen Finanzministers nicht erfolgt. Ein großer Teil der Beamtenschaft stand der Einführung der Kinderbeihilfen von vornherein mißtrauisch gegenüber. Es wurde der Regierung damals erklärt, daß im Zeichen der Not sehr leicht die Ansicht siegen könne, daß zuerst einmal den Familien mit Kindern, die darunter am meisten zu leiden hätten, geholfen werden müsse, während man sich sage, daß alle anderen Beamten ja noch zur Not in der bisherigen Weise würden weiter wirtschaften können, da ja sonst kinderreiche Familien einfach nicht mehr existieren könnten. Die Vertreter des Finanzministeriums verstanden es damals, mit einem großen Aufwand von Worten, alle derartigen Befürchtungen als ganz und gar unbegründet hinzustellen. Und ein halbes Jahr später tritt genau das ein, was die Beamtenschaft damals befürchtet hat, und noch dazu in einer damals nicht für möglich gehaltenen Weise.

Die Staffelung, wie sie bisher formuliert ist, muß unbedingt als ungerecht und unsozial bezeichnet werden. Man hätte erwarten müssen, daß die Teuerungszuschläge in gleicher Höhe an alle Beamten gewährt würden. Der Unterschied zwischen Stadt und Land werde durch die verschiedene Bemessung der Ortszuschläge ausgeglichen. Wenn man die Zuschläge zu den Kinderbeihilfen schon hätte staffeln wollen, so hätte dies gerechter und sozialer dadurch geschehen können, daß man den unteren Besoldungsgruppen mehr gegeben hätte. Es wäre weit gerechter gewesen, wenn eine Erhöhung der Beihilfen bis zu einem Grundgehalt von 14 000 Mark auf 150 Prozent, über 14 000 Mark auf 100 Prozent, oder bis zu einem Grundgehalt von 7000 Mark 150 Prozent, von 14 001 bis 20 000 14 000 Mark 125 Prozent, von 14 001 bis 20 000 Mark 100 Prozent, von 20 000 Mark 75 Prozent in Vorschlag gebracht worden wäre."

Das Reichssperrgesetz hat diese Bemühungen des Zentrums vergeblich gemacht, jedoch ist als positives Resultat zu verzeichnen, daß die Kinderzulagen nunmehr nach langjährigen Kämpfen endgültig in der Besoldungsordnung beantragt sind. Die Kinderzulagen sind damit in ein System gebracht worden. Im Besonderen ist zur Regelung

der Beamtenfragen das eine zu sagen, daß die Hilfe zu spät gekommen ist. Die Schuld daran ist in nicht unerheblichem Maße den Rechts- und Linksparteien zuzuschreiben, die mit ihren vielen Reden und Interpellationen in den Parteien mehr Wahlagitation als praktische Arbeit geleistet haben.

Vom Zentrum ist daher ein Antrag auf Revision des Besoldungsgesetzes in der Festsetzung des Dienstalters gestellt worden. Nicht die vielen Worte machen es, sondern die praktischen Taten und dessen werden unsere Wähler am Wahltage eingedenk sein.

Klarheit, christliche Eltern!

In Herne in Westfalen fand am 10. d. Mts. der erste Kongreß des Bundes der Lehrer der weltlichen Schulen Deutschlands statt.

Als Versammlungslokal diente das sozialistische Volkshaus. Bühne und Rednerpult des Saales waren überreich mit grell rotem Tuche geschmückt. Es mochten etwa 150 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands anwesend sein, Lehrer und Abgesandte der freien Elterngemeinschaften und Vereinigungen und Gäste. Verlauf und Inhalt der Tagung hatten einen durch und durch religionsfeindlichen Charakter. Ueber das Wesen der freien religionslosen Schule, ihre Gestaltung und Stoffverarbeitung herrschte — und das ist auch ein Merkmal dieser Tagung — in den Köpfen ihrer Verfechter ein wirrloses Durcheinander. Der sozialdemokratische Lehrer Homann (Gelsenkirchen) sprach über freie Weltliche Schule und Weltanschauung. Nach ihm können Religion und Dogma unmöglich das letzte Welträtsel lösen. Er predigte den Kampf gegen die „veraltete Weltanschauung" der Kirchen und die „Verdummung" durch die Priesterschaft. Von dem Reichsschulgesetz erwartet er eine Einführung der weltlichen Schule in Stadt und Land und eine Verweltlichung des Religionsunterrichtes in der konfessionellen Schule. Eltern hätten kein Recht, ihre religiöse Ueberzeugung auch auf ihre Kinder zu übertragen. Diese habe sich aus eigener Erfahrung das Kind selbst zu bilden.

Als zweiter Redner behandelte Lehrer Gamsberg (Bremen) den Ersatzstoff für den Religionsunterricht. Die Gottesbeweise fand der Redner ihrer Natur nach widersinnig, sie sind ihm fromme Märchen. Den größten Teil der biblischen Geschichtserzählungen lehnte er ab. Dabei dürfte aber dem Kinde nie der Gedanke kommen, daß dies etwa die Gottesidee der „Weltlichen" darstelle. Man wolle unterrichten nicht in Religion, sondern über Religion. Als Richtlinien für den Ersatz des Religionsunterrichtes forderte der Redner: Völlige Glaubensfreiheit, keinen Lernzwang, strengste Auswahl aus der biblischen Geschichte, Zulassung dieser ausgewählten Stücke nur in den Oberklassen, Vertiefung des sozialen Wissens.

Der dritte Redner, Lehrer Hellmann (Hamburg) behandelte das Thema: Weltliche Schule und Lebenskunde. In Hamburg hätten bei einer jüngsten Urabstimmung 60 Proz. der Elternschaft für Beibehaltung des Religionsunterrichtes in der Schule gestimmt. Als eigentlichen Kampfplatz für die weltliche Schule sieht er das Herz der Mutter an, das man zu erörtern suchen müsse. Er forderte die Sozialisierung der Geister für die weltliche Schule. Diese könne aber nur dann erfolgen, wenn man sich selbst zum Sozialismus bekenne.

Lehrer Wurm (Annen) bezeichnete sich als erstes Opfer der „Schwarzen". Um Gottesbegriffe brauche man sich nicht zu kümmern, sie dürften in der weltlichen Schule keine Rolle spielen. Er empfahl als Ersatz für Religionsunterricht Menschheitskunde.

Ein anderer Redner sah als verhängnisvoll für die freie weltliche Schule an, eine bestimmte Weltanschauung für sie in Anspruch zu nehmen, wie es Lehrer Homann in seinem Eintreten für die sozialistische getan habe. In der Agitation für die weltliche Schule möge man schultechnische, staatspolitische und pädagogische Gründe in den Vordergrund treten lassen.

Am Abend sprach in einer öffentlichen freien Elternversammlung Frl. Anna Siemsen (Düsseldorf) über Arbeitsschule und Sozialismus.

So hat denn diese erste Tagung die Ziele des weltlichen Lehrerbundes trotz der zahlreichen Widersprüche und Unklarheiten in den Ausführungen der einzelnen Redner mit einer zu begrüßenden Deutlichkeit klargelegt. Für die Offenherzigkeit, mit der hier diese Ziele enthüllt wurden, muß man dem Bunde umso dankbarer sein, als sie gerade zur rechten Zeit gezeigt hat, um was es sich bei den kommenden Preußenwahlen dreht. Dabei werden die christlichen Eltern die Antwort nicht schuldig bleiben und zeigen, daß sie wohl das „Recht haben, ihre religiöse Ueberzeugung auch auf ihre Kinder zu übertragen".

Schanddeutsche.

Wir lesen in der Deutschen Tageszeitung folgenden Protest eines Schweizers:

In Altena in Westfalen wohnt ein Herr, der Waren in die deutsche Schweiz versendet und dabei auf den Begleitschein aufdrucken läßt: Joh. Moritz Rump, Altena en Westphalie. Herr Joh. Moritz Rump mag versichert sein, daß es in der Schweiz keinen einzigen Menschen gibt, welcher Muttersprache oder politischen Gesinnung er auch sei, der ihn wegen seines französischen Gebaren höher achtete, als wenn er einfach und natürlich „Altena in Westfalen" schriebe, wohl aber sehr viele, die ein solches Verhalten unvornehm und würdelos finden. Unter meinen deutschfeindlichen Landsleuten, zumal denen nichtdeutscher Muttersprache, besteht zudem die Neigung, einen derartigen Gebrauch der französischen Sprache als einen unzulässigen Täuschungsversuch zudringlicher Wettbewerber auf dem Weltmarkte zu betrachten und ihren Haß und ihr Mißtrauen damit aufzufrischen.

Zürich. Eduard Blocher.

Diesem Prachtexemplar eines „Deutschen" stellt der Schweizer noch ein paar andere zur Seite: Herr Hiller in Ebersbach (Sachsen) beschreibt seine Probesendung: „Ci inclus: echantillons". Hugo Hensch u. Co., G. m. b. H., macht auf einer Paketkarte aus der deutschen Kaiserstadt Aachen „Aix-la-Chapelle" und fährt fort: „Fabrique d'Aiguilles a coudre, d'Epingles a tetes acier et email, d'Epingles de furete en acier, d'Epingles a cheveur. Crochets en tous genres." Und Rud. Schwarz in Beiersfeld (Sachsen) schreibt gar einen ganz französischen Brief.

Wie schrieb 1918 eine große deutschfresserische Zeitung? „Wenn die Deutschen erst geschlagen wären, würden sie die Welt in Erstaunen setzen durch ihre Kriecherei." Traurige, bittere Wahrheit, wenn man unser Volk an dem mißt, was bei uns möglich ist!

Druck und Gegendruck.

Am Donnerstag war das Ultimatum abgelaufen, das die Kommunistische Partei den beiden sozialistischen „Bruderparteien" für die Beteiligung an der von ihr geplanten direkten Aktion bestimmt hatte. Mehrheitssozialisten sowohl wie Unabhängige haben sich für die ihnen freundlichst angebotene Uebernahme von Schlepperdiensten im Gefolge der Herren Levi und Hoffmann bestens bedankt, und die Rote Fahne quittiert nunmehr darüber in der ihr eigentümlichen liebevollen Ausdrucksweise. Daneben aber versichert sie, sie werde trotz alledem geführt werden. Die Arbeiter sollten sich nicht verwirren lassen. Es gelte, den Kampf um ihre Existenz zu führen. Dieser Kampf müsse jetzt geführt werden.

Gegen die Hochverräter.

Aus einem von auswärtigen Sozialistenblättern veröffentlichten Schreiben des Reichsministers des Innern Dr. Koch an den preußischen Minister des Innern ist zu entnehmen, daß nun auch die Reichsregierung anfängt, ein obrigkeitliches Einschreiten gegen die zunehmende Verwilderung der radikalen Parteiagitation für notwendig zu halten. Herr Koch stellt fest, daß von radikaler Seite „in letzter Zeit" in Reden und Flugblättern für einen gewaltsamen Sturz der Verfassung sowie für die gewaltsame Errichtung der Räterepublik und zu diesem Zweck für eine Bewaffnung des Proletariats Propaganda gemacht werde. Fälle, in denen gegen die Personen, welche diese hochverräterischen Bestrebungen leiten und für sie wirken, eingeschritten worden wäre, seien bisher kaum zu seiner Kenntnis gekommen. Die nachgeordneten Polizeibehörden müßten deshalb angewiesen werden, derartige Fälle von Hochverratsversuchen bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. Auch die Staatsanwaltschaften müßten angewiesen werden, nachdrücklicher, als die „in letzter Zeit" geschehen zu sein scheine, gegen alle hochverräterischen Bestrebungen vorzugehen.

Man findet sich also langsam, aber sicher, zu wohlbegründeten Gepflogenheiten zurück. Mit Freiheit allein ist keine Gesellschaft in Ordnung zu halten. Dazu gehört ein Mindestmaß von staatlicher Autorität das leider gegenwärtig nicht mehr vorhanden ist.

Severing im Kampf gegen das Monokel.

Unter dieser Spitzmarke lesen wir im Vorwärts u. a.: Der preußische Minister des Innern hat folgende Verfügung erlassen:

„Trotz meiner verschiedenen Hinweise ist es mir aufgefallen, daß ein Teil der oberen Beamten der Schutzpolizei immer noch Eingläser trägt. Da dies zweifellos in den weitaus meisten Fällen auf äußerlichen Gründen beruht, nicht auf einseitige Augenschwäche, ersuche ich, darauf hinzuwirken, daß diese unzeitmäßige Gewohnheit in Zukunft unterbleibt. Soweit sich die betreffenden oberen Beamten darauf stützen, daß sie tatsächlich mit einem einseitigen Augenleiden behaftet sind, wird eine scharfe Nachprüfung ihrer vollen Polizeidienstfähigkeit durch den beamteten Arzt eintreten müssen.

Ich muß von jedem Beamten erwarten, daß er in diesen schweren Zeiten unter Ausschaltung jeder Aeußerlichkeit seinem Berufe nachgeht und demgemäß vom Tragen des Einglases absieht."

Die Wahlparole der Demokraten.

Berlin, 14. Jan. Der K. V. wird gedrahtet: Heute veröffentlichen auch die Demokraten ihren Wahlaufruf. Sie nehmen darin eine Frontstellung gegen die Parteien der Rechten und gegen die äußerste Linke ein. Der Wahlaufruf weist warnend auf die Wahl des Jahres 1920 hin, die auf Kosten der demokratischen Mitte eine Stärkung der Rechten und der äußersten Linken gebracht hätte. Das preußische Ziel der Partei wird folgendermaßen umschrieben: „Unser Ziel ist ein Preußen, fähig, moralische Eroberungen zu machen, damit es seinen Hauptberuf erfüllt: aufzugehen in dem deutschen Einheitsstaat, dem es dereinst vergönnt sein möge, einem glücklicheren Geschlecht die Stellung in der Welt zurückzugewinnen, die deutschem Wesen und deutscher Arbeit gebührt."

(Das klingt echt deutsch-demokratisch: man kann hinter den schönen Worten praktisch mancherlei lesen. Wenn man in Süddeutschland von der Deutsch-demokratischen Partei als der „Zweiseelenpartei" redet, so hat das in Norddeutschland auch in gewissem Sinne sein Recht).

Kommunist und Erzherzog.

Wir lesen im „Bayerischen Kurier" folgendes nette Geschichtchen:

Der Brief, in dem der Kommunist August Merges ehemaliger Rätepräsident von Braunschweig dem Exherzog dessen Abdankungsurkunde durch seinen Parteifreund Sißmann zum Rückkauf anbietet, wird im „Vorwärts" veröffentlicht. Er lautet:

Empfänger Geheimrat Dr. Paul Knoke
per Adr. Se. Hoheit Ernst August
Schloß Gmunden . . .

Anbei sende ich Ihnen einen Abzug der am 8. 11. 18 unterzeichneten Verzichturkunde, über deren Echtheit ich im Zweifel war und ich mich mit Herrn Graf von der Schulenburg, Hehlen, in Verbindung setzte. Nach Auseinandersetzung überwies er mich zu Herrn Staatsminister v. Wolff, der meine Person am Krankenbette empfing und mir die Echtheit bestätigte.

Frage an, ob es für das Herzogliche Haus irgendwie in Frage kommt, ein Herr, der es erworben hat und nicht genannt sein will, hat es meiner Person anvertraut, kaufte es, damit es nicht Ausländern, Amerikanern, in die Hände kommen sollte. Wenn seine Hoheit der Herzog Wert darauf legt, das Original nebst Abhandlung steht ihm in meiner Hand zur Verfügung. In der Hoffnung, das Herzogliche Haus nicht vergebens einen Dienst erwiesen zu haben, umgehend um Nachricht zu bitten

ergebenst
Absender: Sißmann, Stendal in der Altmark,
Grabenstraße 4.

Der Herr, der nicht genannt sein will, ist natürlich Merges. Sehr originell ist auch der kommunistische Stil, der ganz der neuen Zeit voll Schönheit und Würde angepaßt ist.

Merges verwahrte sich in einer von der Kommunistischen Partei einberufenen Versammlung gegen den vom jetzigen Ministerium erhobenen Vorwurf, daß er Staatsdokumente unterschlagen habe. Die herzogliche Abdankungsurkunde sei das „Resultat revolutionärer Errungenschaften" und gehöre deshalb dem Proletariat. Sie solle einem Revolutionsmuseum einverleibt werden. (Diese Ausrede paßt schlecht zu dem Angebot, das Merges durch einen Mittelsmann dem Welfenhause machen ließ, es möge die Urkunde zurückkaufen.) Die Versammlung erklärte sich natürlich mit Merges solidarisch und lehnte die Herausgabe der Urkunde ab. Aus einer Meldung des braunschweigischen Presseamtes geht übrigens hervor, daß die braunschweigische Regierung um Mittel für den Ankauf der Urkunde nachgesucht hat, jedoch ohne Erfolg.

Wohnungsnot und Rheinlandkommission.

Auf Vorstellung der zuständigen deutschen Stellen gegen die Verordnung der Rheinlandkommission daß in den übervölkerten Städten der besetzten rheinischen Gebiete die Militärbehörden zur Requisition und Verteilung aller leerstehenden Wohnungen schreiten könnten, erklärt jetzt eine neue Note der Interalliierten Rheinlandkommission, die Verordnung beruhe auf einem Versehen. Außerdem sei die Bestimmung bereits durch den kommandierenden General der französischen Armee aufgehoben worden.

Ein neues U-Boot?

Der Deutsche Zeitungsdienst weiß von einer Erfindung zu berichten, die geeignet sei, die ganze Seekriegführung umzuwälzen. Die Entdeckung eines neuen Gleichgewichtsprinzips ermögliche es, Unterseeboote von jeder beliebigen Größe zu bauen und mit starkem Panzerschutz zu versehen. Der Erfinder sei Professor Dr. Oswald Flamm, Ordinarius für Schiffbau an der Technischen Hochschule in Charlottenburg. Patente seien bereits in England, Italien und Holland erworben, während mit Amerika noch Verhandlungen schwebten. Eine längere Erläuterung der Vorteile der neuen Erfindung beschließt der Deutsche Zeitungs-Dienst mit den Worten: „Es ist ein tragisches Verhängnis, daß eine so grundlegende Erfindung erst jetzt zur praktischen Vollendung gelangen soll, wo wir den Krieg verloren haben und uns der Bau von Unterseebooten und Unterseeschiffen untersagt ist."

Kinder in Not!

Willst Du fehlen mit Deiner Gabe?

Deutsche Kinderhilfe.

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

58) (Fortsetzung.)

So war endlich der Frühling gekommen und ungeduldig sah der Gefangene hinaus in das grünende Land. Die Akten der Untersuchungskommission waren geschlossen und an das schleswigsche Obergericht zum Spruch eingesandt worden. Dieser Spruch konnte alle Tage erfolgen, er konnte ihn stündlich erwarten. Mit sehnsüchtiger Freude dachte er daran, wie sein Kerker sich öffnen werde und er berechnete die Folgen nicht geringer, wie die Regierung. Er wußte, daß ein Freudenschrei durch das ganze Land gehen werde, daß alle Furchtsamen und Halbey dadurch neuen Mut empfangen, daß sein erster Schritt in die Freiheit eine Niederlage des Gegners sein würde, die dieser nicht mehr überwinden könne.

Mitten in seinen frohen Gedanken hörte er eines Tages die Schlüssel an der Tür klirren und mit einer plötzlichen Hoffnung, die sein Gesicht belebte, wandte er sich um; aber seltsam überrascht fühlte er ein unheimliches Bangen, als er einen Besuch vor sich erblickte, den er am wenigsten erwarten konnte.

Es war der Staatsrat Hammersteen, der ihm beide Hände entgegenstreckte und mit seiner gewohnten lächelnden Güte sagte: „Mein armer, unbesonnener Freund, was habe ich Ihnen prophezeit, wovor habe ich Sie vornehmlich gewarnt?! Halten Sie immer ein Auge auf Kopenhagen gerichtet und schreiben Sie nichts, geraten Sie in keinen unserer modernen Hexenprozesse, das waren meine letzten Worte."

„Sie stehen vor einer vollendeten Tatsache, Herr Staatsrat," erwiderte Lornsen, die Achseln zuckend.

„Also nichts mehr davon," sprach der Baron. „Sie haben recht, lieber Freund. Ich bin einige Wochen auf meinem Gute gewesen, leider ganz allein, denn Lina ist in Italien. Sie wissen doch, daß sie Baronin Branden ist?"

„Ich höre es von Ihnen zuerst," erwiderte Lornsen, „setze es jedoch voraus."

„Ah, freilich," rief der alte Herr lachend, indem er sich niederließ, „das wilde Mädchen hat Ihnen einen Besuch auf Sylt gemacht, hat Sie warnen und gleichsam entführen wollen. Es war durchaus vernünftig, daß Sie auf solche Mädchenträume nicht eingingen. Nun, Lina fuhr mit Branden nach Helgoland, dann weiter nach London, wo sie im Hotel unseres Gesandten getraut wurden. Branden ist unendlich glücklich und Linas Briefe schwärmen voller Zärtlichkeit für ihn. Aber, mein lieber Freund," fuhr er dann fort, „womit vertreiben Sie sich die Zeit? Sie haben eine Unmasse alter Bücher und Schriften hier aufgestapelt. Ich glaube beinahe, Sie wollen um eine Professur an einer deutschen Universität nachsuchen, wenn Sie erlöst sein werden."

Während er lachte, sagte Lornsen: „Ich denke ruhig zu bleiben, wo ich bin, meine Zeit ist jedoch nicht ganz übel angewandt worden. Ich habe mich der schwierigen Arbeit zugewandt, alle Rechts- und Geschichtsquellen der Herzogtümer zu untersuchen, und hoffe daraus ein Werk zusammenzustellen, das mancherlei Irrtümer und Zweifel über unser Staatsrecht gründlich beseitigen soll."

„Denken Sie schon wieder ans Schreiben?" rief Hammersteen drohend; „ich will Ihnen etwas Besseres und Freudigeres mitteilen. Der König wird in kurzer Zeit in die Herzogtümer kommen. Was sagen Sie dazu?"

„Ich hoffe, der gerade und biedere Sinn des Königs wird nicht länger von seinen Ratgebern getäuscht werden können."

„Immer aufrichtig und wahrhaft!" sagte der Staatsrat. „Majestät hat dies Urteil über sie gefällt, lieber Kanzleirat, und was ich Ihnen jetzt mitteile, muß Ihnen Genugtuung gewähren, denn niemand kann leugnen, daß sowohl Ihre persönliche Einwirkung auf unsern gnädigsten Herrn, wie Ihre feurigen Bestrebungen hier im Lande die eigentliche Ursache dazu bilden." — Er ergriff Lornsens Hand und fuhr dann eindringlich fort: „In kurzer Zeit wird Dänemark eine Verfassung haben!"

„Und die Herzogtümer?" fragte Lornsen.

„Es versteht sich, daß sie daran teilnehmen," sagte der Staatsrat. „Das Gesetz, welches Vertrauensmänner aus allen Landesteilen nach Kopenhagen beruft, wird dem Könige vorangehen. Nun, Kanzleirat Lornsen, sind Sie damit zufrieden?"

„Sie fragen mich," erwiderte Lornsen, „ob ich mit etwas zufrieden bin, was wie ein Messer aussieht, dem Klinge und Heft fehlen. Wenn man Recht und Wahrheit achten wollte, so würde ich nicht hier sein, Herr Staatsrat. Man würde mich nicht eingekerkert, gequält und gemartert haben, würde mir Gerechtigkeit widerfahren lassen, keine Untersuchungskommission einsetzen, keine Prozesse anstellen, wo keine Schuld vorhanden ist. Man würde das erste und einfachste Recht jedes freien Mannes achten, durch die Presse zu sagen, was er denkt, und seine Mitbürger zu versammeln, um gemeinsam zu beraten, was sie für ihr Wohl am zuträglichsten halten."

„Das sind gefährliche Rechte," fiel Hammersteen ein. „Was verlangen Sie von einer bedrohten Regierung? — Soll sie ruhig zusehen, wenn die ihr feindlichen Grundsätze gegen sie verbreitet und in die Köpfe der Masse geschleudert werden?"

„Wenn die Regierung im Rechte ist," sagte Lornsen, „hat sie dabei nichts zu fürchten. Es muß ihr lieb sein, des Volkes Stimme zu hören, sobald nichts geschieht, was gegen das Gesetz wäre. Das haben wir getan, nichts weiteres. Bittend und vorstellend haben wir uns an den König gewandt, ihm vorgetragen, was wir für recht halten, und darum allein, um nichts anderes, hat man mich gefangen und vor Richter gestellt, die mich nicht einmal gesehen und gehört haben."

Die bittere Heftigkeit, mit welcher Lornsen sprach, vermehrte sich durch den Widerspruch des Barons. — „Sie haben sich wahrlich nicht zu beklagen," sagte dieser. „Sie wissen nicht, welche Berichte über Sie einliefen, wie die Ritterschaft, die ersten und reichsten Männer im Lande, um Hilfe riefen gegen das gesetzlose Treiben."

„O! ich weiß," erwiderte Lornsen. „Die Stützen des Thrones beteuerten ihre Treue. Sie schrieben dem Könige, daß er nichts von ihnen hören würde, was allerhöchstdenselben mißfällig sein könnte; baten ihn, doch ja nichts zu übereilen, ihnen nicht die Umtriebe einiger übermütiger, gemeiner Menschen zur Last zu legen und forderten weiter nichts zum Lohne, als die Gnade und Huld ihres Herrn und die gute alte Zeit mit ihren Privilegien."

„Sie sind ja vortrefflich unterrichtet trotz aller Türen und Schlösser," lachte der Staatsrat. „Doch unbesorgt, lieber Freund. Ihre Denkschrift wirkt in Frederiksborg-Schloß fort, diese Ritter haben dort nichts zu erwarten. Jetzt aber," fügte er hinzu, „lassen Sie uns ein ernstes Wort reden. Sagen Sie mir aufrichtig, was Sie denken. Es wäre zu beklagen, Herr Lornsen, wenn ein Mann von Ihren Fähigkeiten wirklich für das Vaterland völlig verloren sein sollte."

„Ich hoffe," sagte Lornsen, „daß ich diese gültige Besorgnis abweisen kann."

„Glauben Sie," fiel Hammersteen beteuernd ein, „daß dies von hohen Personen sowohl, wie von vielen einflußreichen Männern sehnlich gewünscht und erwartet wird."

„Nach dem Anteil, den Sie, Exzellenz, an mir nehmen," erwiderte Lornsen, „und was mir überhaupt geschehen ist, bin ich davon überzeugt."

„Sie sind gereizt," rief der Staatsrat, „aber Sie werden später einmal sich und uns richtiger beurteilen. Sie haben einen politischen Prozeß gehabt. Sie haben einige Monate in Einsamkeit gelebt, Sie können verurteilt werden, und dennoch eine glänzende Entschädigung erwarten. Jugendliche Verirrungen könne man gut gemacht werden und finden am leichtesten Verzeihung, wenn die Reue aufrichtig ist. Sehen Sie nach Deutschland hinüber, was ist dort aus den Stürmern, Ihren alten Universitätsfreunden geworden? Nachdem viele einige Zeit in Gefängnissen und Festungen gesessen haben, andere sogar zum Tode verurteilt worden sind, befinden sich die meisten jetzt wie Fische im Wasser, als Geheimräte, als Obergerichtsräte oder in anderen ansehnlichen Aemtern und Würden, sehr behaglich und gemütlich als getreue und eifrige Diener der Regierung, gegen die sie ehemals die Ankläger spielten. Wohlan denn, mein lieber Freund," fuhr er lachend fort, „bekennen Sie sich selbst, daß auch hier die Komödie aus ist und ziemlich mittelmäßig geendet hat. Die Zuschauer sind nach Haus gelaufen und haben die Hauptspieler im Stich gelassen. Alles, was ich Ihnen vorher sagte, ist eingetroffen und wird weiter eintreffen, aber noch ist es Zeit, die Schlußscene kläglich zu vermeiden."

„Ich muß annehmen," sagte Lornsen, „daß dies mir die Ehre Ihres Besuches verschafft hat."

(Fortsetzung folgt.)

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 17. Januar 1921.

Das deutsche Kind.

Es war einmal ein deutsches Kind,
Das sang auf Straßen und Stiegen,
Es flog die Fahne stolz im Wind
Und rauschte von deutschen Siegen.

Und das Kind war dem Lenz und der Freude verwandt
Und lauschte mit Andacht den Glocken;
Stolz-gütige Menschen legten die Hand
Auf seine verwehten Locken.

Und gab es nicht immer den teuersten Fisch,
Und Mastpoularden aus Brüssel,
Satt stand es auf vom sauberen Tisch,
Und leer war nie die Schüssel.

Und hatte der Winter das Haus verschneit,
Dann hockte es lauschend am Ofen
Und hörte Geschichten aus ferner Zeit
Und deutsche Weihnachtsstrophen.

Wenn der Tauwind über die Felder strich,
Dann jauchzt es dem Lenz entgegen —
Es war einmal ... Und das Kind war ich
Und wuchs in Sonne und Segen.

Und wenn ich heut ein Büchen seh,
Eine junge Menschenblüte,
Mit dünnen Schuhchen waten im Schnee
Und mit Augen so glanzlos und müde,

Und wenn ich dem blassen kleinen Mann
Mit seinen sieben Jährchen
Sehe den Frost und den Hunger an
Und das Heim ohne Glanz und Märchen,

Dann wird mein deutsches Herz mir schwer
Dies Herz, so leidgeduldig;
Ich schau ins Aug' ihm und denk', ich wär'
Ihm eine Jugend schuldig ....

Rudolf Presber.

Zum neubegonnenen Jahre schreibt das deutsche Auslandsinstitut: Trübe Wolken beschatten noch immer den politischen Himmel und lassen kaum einen freundlichen Ausblick auf bessere Tage zu. Die Banden des Friedensvertrages, knebeln das deutsche Volk in der Heimat und hemmen die Auslanddeutschen, die treuen Pioniere für deutsche Kultur und deutsche Wirtschaft am Wiederaufbau ihrer Existenz und damit unserer Volkswirtschaft. Fast überall, wohin man blickt, werden die deutschstämmigen Angehörigen fremder Nationen, namentlich der neuentstandenen Nationalstaaten, bedrückt und entrechtet, ihre kulturellen Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten werden unterbunden, das Recht auf die Muttersprache namentlich wird ihnen geschmälert. Aber stärker als je lebt im deutschen Volke das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und des Treuverbundenseins. Das Verständnis für die Fragen des Auslanddeutschtums ist in der Heimat im Wachsen begriffen. Von allen Seiten erfahren wir wohltuende Beweise der Liebe, Anhänglichkeit und Hilfsbereitschaft derjenigen Deutschen, denen es in den neutral gebliebenen Ländern noch gut geht. Dieses Bewußtsein des engen Verbundseins zwischen Heimat und Auslanddeutschtum hat sich im abgelaufenen Jahre verstärkt und wir haben es mit als ein hoffnungsfreudiges Zeichen in das neue Jahr herüber genommen. Wir wünschen und erwarten, daß 1921 erweisen möge, wie ungebrochen die geistige und wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes ist und wie stark und unbeugsam der gemeinsame Wille zu aufbauender Tätigkeit in uns lebt. Sie soll und muß uns, wenn auch in mühevollem und dornenreichem Aufstieg, das wiederbringen, was uns not tut: Ein in aller Welt geachtetes und angesehenes deutsches Volkstum, ein wirtschaftlich starkes, politisch geachtetes deutsches Vaterland.

Auf einem wohlgelungenen Unterhaltungsabend des Eifelvereins wurde für die Kinderhilfe 800 Mark gesammelt, wozu aus der Kasse noch 200 Mark kamen, so daß im ganzen 1000 Mark für den schönen Zweck zur Verfügung gestellt werden konnten.

Der 18. Januar im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat trotz des Protestes des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete entschieden, daß die Verbote vaterländischer Kundgebungen am 18. Januar, die von verschiedenen französischen Delegierten ergangen sind, zu Recht beständen und hat das Verbot auf das besetzte Gebiet ausgedehnt. Das Verbot richtet sich nur gegen öffentliche Versammlungen. In den Zeitungen und Schulen kann natürlich auf den Tag hingewiesen werden. Begründet wird das Verbot damit, daß durch die Kundgebungen eine Unruhe und damit eine Gefährdung der militärischen Sicherheit hervorgerufen werden könne.

Neue Bestimmungen über die Luxussteuer bei Kunstwerken. Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Runderlaß an die Landesfinanzämter usw. jetzt Ausführungsbestimmungen über die Luxussteuerpflicht von Originalwerken erlassen. Denn die Frage, ob ein Gegenstand als Originalwerk der Plastik, Malerei und Graphik mit der erhöhten Umsatzsteuer von 15 Prozent zu belasten ist, hat in der Praxis Schwierigkeiten ergeben, und es sind daher in Besprechungen mit Vertretern der Künstlerschaft und des Gewerbes eine Anzahl von Gesichtspunkten aufgestellt worden. Als Originalwerk der Malerei gelten danach auch Kopien alter oder neuer Meister von Künstlerhand. Als graphisches Original soll jeder Abzug von der Platte versteuert werden, auf der der Entwurf des Künstlers von diesem selbst ausgeführt ist, so auch die Künstlersteinzeichnungen. Als plastisches Originalwerk wird angenommen, was von der Hand des Künstlers, wenn auch vielleicht unter Verwendung mechanischer Hilfsmittel, hergestellt ist. Da gelten auch als Originale Abgüsse, wenn sie in der Gießerei oder Bildhauerwerkstatt unmittelbar nach dem Entwurf des Künstlers hergestellt sind, wenn auch in anderem Format als dem ursprünglichen, ferner Vervielfältigungen in Bronze und Marmor nach der Antike oder nach alten Meistern. Nicht als Originalwerke sieht der Erlaß Gegenstände an, die unter dem Begriff der Galanteriewaren oder Nippsachen fallen. Die Steuerfreiheit der Atelierverkäufe der Künstler bleibt bestehen, alle übrigen Originale sind beim Kleinhändler oder beim Hersteller luxussteuerpflichtig.

Viehhandelsverbot. Seitens des preußischen Staatskommissars für Volksernährung ist angeordnet worden, daß diejenigen Personen, die nach den vor dem 1. Oktober 1920 geltenden Vorschriften zum Viehhandel zugelassen sind, ihren Gewerbebetrieb auch ohne die nach Paragraph 2 der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 19. Sept. 1920 (R. G. Bl. S. 1675) erforderliche Erlaubnis bis zum 1. März 1921 ausschließlich weiter ausüben dürfen.

Die Eisenbahndirektion Köln schreibt uns: Infolge der in letzter Zeit im Personenverkehr in bedenklicher Weise sich mehrenden Fahrgeldhinterziehungen, Betrügereien und Fälschungen von Fahrkarten hat sich die Eisenbahnverwaltung veranlaßt gesehen, eine schärfere Kontrolle der Züge und der Fahrkarten vorzunehmen. Es mußte außer der Einziehung des erhöhten Fahrgeldes in vielen Fällen gegen Reisende, die sich gegen die Bestimmungen in betrügerischer Absicht vergangen haben, gerichtlich vorgegangen werden. Abgesehen von zahlreichen Geldstrafen bis zu 300 Mark wurden in letzter Zeit in 11 Fällen Reisende wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu 6 Monaten verurteilt. In 79 Fällen schwebt das gerichtliche Verfahren noch.

Rauhreif bedeckte gestern morgen Strauch und Baum und ließ die Anlagen wie eine Märchenlandschaft erscheinen. Bald drang auch die Sonne durch die Frostnebel. Das alte Wort: „Hangen die Tage an zu längen, so fangen sie auch an zu strengen", ist auch in diesem Jahre wieder zur Wahrheit geworden. Samstag stieg die Temperatur nachmittags ein wenig über Null, in der Nacht zum Sonntag hatten wir bis an 6 Grad Kälte. Vergangene Nacht war die tiefste Temperatur 5 Grad unter Null.

Der Ziegenzuchtverein Neuß hielt am vorigen Sonntag im Lokale Allgner seine Versammlung ab. Für den ausgeschiedenen zweiten Vorsitzenden wurde Herr Zaschlag (Grefrathweyer 30) gewählt. Das Einschreibegeld wurde auf 3 Mark erhöht. Herr Simons (M.-Gladbach-Land) hielt einen lehrreichen Vortrag über „Rentabilität der Ziegenzucht". Eine Ziege sei rentabel, wenn sie wenigstens 3 und mehr Liter Milch pro Tag gebe, was aber im Durchschnitt nicht der Fall sei. Böcke, die zur Aufzucht verwendet werden, müßten von gut milchgebenden Ziegen abstammen, ebenso Böcke zum Decken. Zur guten Entwicklung müßten sie mindestens 6—12 Wochen Milch bekommen. Weidegang, viel freie Bewegung sei Grundbedingung, denn die Ziege sei ein Höhentier und kein Höhlentier. Neuß, so wissenschaftlich, könnte doch eine Böckerweide an der Selsschen Ziegelei anlegen. Die Lehmlöcher mit Strauchwerk mit dem alten Bohndamm wären dazu wie geschaffen. Es müßte aber schon ein Unterkunftsraum errichtet werden, denn das Ein- und Austreiben ließe sich angesichts des regen Straßenverkehrs nicht durchführen. Viele Vereine seien finanziell nicht in der Lage, gutes Zuchtmaterial zu beschaffen und müßten von den Gemeinden unterstützt werden. Eine Ziege gebe in einem Jahre Milch, die Bock aber erst in drei oder mehr Jahren. So habe M.-Gladbach-Land, wo ca. 1200 Ziegen vorhanden, im vergangenen Jahre 29 000 Mark zur Anschaffung von gutem Zuchtmaterial und Jungtämmer erhalten. Dagegen haben die Neußer Vereine, wo wohl reichlich so viel Ziegen vorhanden, so gut wie gar keine Unterstützung erhalten. Ein zweijähriger, reinrassiger Schwanenziegenzuchtbock ist unter 2000 Mark nicht zu haben.

Liegt die Hebung der Ziegenzucht im allgemeinen öffentlichen Interesse oder nicht? Je mehr die Ziegenzucht sich rentabel gestaltet, um so mehr Milch können die Ziegenhalter abgeben. Auch sind die Vereine bestrebt, das Milchgeben der Ziegen auf das ganze Jahr zu verteilen, namentlich in Anbetracht der stillenden Mütter ist gerade die Ziegenmilch der berufenste Faktor, weil die Ziegenmilch durchschnittlich tuberkulosefrei ist. Die geborenen und ungeborenen Kinder der Stadt Neuß rufen den Stadtvätern zu: Geht nicht mehr mit Lächeln und Achselzucken über die berechtigten Anträge der Neußer Ziegenzuchtvereine hinweg, sondern unterstützt sie in in ihrem Aufwärtsstreben! Dann wird und muß die Besserung der Milchverhältnisse gelingen, zum Nutzen für die Allgemeinheit.

Gefunden wurden in einem Garten drei Meßbehälter, die wahrscheinlich aus einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer kann sich auf der Kriminalpolizei melden.

Deutsche Kinderhilfe. Es wird darauf hingewiesen, daß auch die Kreissparkasse Neuß-Land Spenden für die Deutsche Kinderhilfe entgegennimmt.

Heerdt-Oberkassel.

Oberkassel, 17. Jan. In einem Hause der Burgunderstraße in Oberkassel wurden 6 Ballen Tabak (ungefähr 12 Zentner) vorgefunden und beschlagnahmt. Der Tabak ist mittelst eines Fuhrwerks dorthin geschafft worden. Der Eigentümer ist nicht bekannt, es muß daher angenommen werden, daß der Tabak aus einer strafbaren Handlung herrührt. Der rechtmäßige Eigentümer wird gebeten, sich bei der Kriminal-Zweigstelle in Oberkassel (Polizeiwache) zu melden.

Aus dem Landkreise.

Holzheim, 14. Jan. Wanderklub „Wanderlust" feierte am 9. d. Mts. sein erstes Stiftungsfest. Der ganze Verlauf des schönen Abends war glänzend. Jeder Verein leistete, was er eben leisten konnte, teils auf musikalischem Gebiet, teils in Humor.

Aus Nah und Fern.

Düsseldorf, 17. Jan. Am 15. Januar vollendete der Pfarrer der St. Rochus-Gemeinde, Msgr. H. Effer, in seltener körperlicher und geistiger Frische sein 80. Lebensjahr. Geboren zu Nievenheim am 15. Januar 1841, wurde er am 2. September 1866 zum Priester geweiht. Als erster Pfarrer von St. Rochus wirkt er seit dem 4. August 1891.

Düsseldorf, 17. Jan. Der Mord in der Dürener Straße hat bereits seine Aufklärung gefunden. Die Täterin, die etwa 39 Jahre alte Ehefrau Josef Peters, wurde schon gestern abend auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof verhaftet, als sie nach auswärts fahren wollte. Die Ermordete, die 25 Jahre alte Ehefrau Riegel wurde unter Kohlen verscharrt vorgefunden. Die Verhaftete leugnete zwar die Tat noch, gab sie aber nunmehr der Kriminalpolizei zu. Sie war zwei Jahre Haushälterin bei dem Ehemann der Getöteten, dem Angestellten Riegel, gewesen, bis dieser im Dezember v. J. heiratete. Darauf nahm sie bei einer im gleichen Hause wohnenden Familie Wohnung. Gestern nun sollte die Peters bei der Familie, wo sie bisher gewohnt hatte, ausziehen. Sie ging, wie sie angab, deshalb zu der im Waschkeller des Hauses befindlichen Ehefrau des Riegel, um noch verschiedene Sachen, die deren Ehemann von ihr in Verwahr hatte, herauszufordern. Die Frau Riegel kam diesem Ansinnen nicht nach, worauf die Peters in Zorn geriet, nach einem auf dem Tische liegenden Messer griff und der Frau Riegel Stiche in die Arme, ins Gesicht und in den Hals versetzte, die diese bald töteten. Die schaffte die Leiche dann durch den kaum einen Meter hohen Verbindungsgang in den benachbarten Kohlenkeller und scharrte sie dort ein. Ueber die Motive der Tat ist man sich noch nicht vollkommen klar. Doch scheinen Eifersucht und Rachsucht die Hauptbeweggründe gewesen zu sein.

Wiersen, 13. Jan. Die Firma Kaisers Kaffeegeschäft m. b. H., mit dem Hauptsitze in Wiersen, die über 1000 Filialen in allen Teilen des deutschen Reiches unterhält, hat jede ihrer Filialen angewiesen, für die Zwecke der Kinderhilfe zu Händen des örtlichen Ausschusses den Betrag von einhundert Mark zu spenden. Zu dieser Spende von über eine Million Mark treten noch große Summen, die von der Zentrale und den Zweigfabriken der Firma deutschen Zwecke gewidmet werden.

Köln, 13. Jan. Das englische Kriegsgericht verurteilte gestern einen Kölner wegen unerlaubten Besitzes zweier Revolver und Munition zu sechs Monaten Gefängnis.

Köln, 17. Jan. Die Deutsche Volkspartei des Wahlkreises Köln-Aachen stellt für die bevorstehenden Landtagswahlen einstimmig folgende Bewerberliste auf: 1. Dr. jur. Max Heimann, Rechtsanwalt, Köln, 2. M. Dantler, Volksschullehrer, Kohlscheid bei Aachen, 3. Karl Umbreit, Fischhändler, Köln, 4. Frl. Hedwig Thöne, Studienrat, Köln, 5. Dr. Fritz Krauß, Kaufmann, Bonn, 6. Frl. Emma Lang, Vorsitzende des Hausfrauenvereins, Aachen, 7. Max Groß, Lokomotivführer, Troisdorf, 8. Hugo Zapp, Landwirt, Flabern, Kreis Gummersbach, 9. Karl Junge, Schlossermeister, Mülheim am Rhein, 10. Hermann Dernen, Bankier, Godesberg, 11. Karl Scherer, Justizobersekretär, Düren, 12. Dr. Silberkiepe, Tierarzt, Monschau, 13. Georg Tillich, städtischer Landmesser, Köln, 14. Paul Trippler, kaufmännischer Angestellter, Düren, 15. Dr. Moldenhauer, Universitätsprofessor, Köln.

Düren, 15. Jan. Sein 80. Lebensjahr vollendet morgen der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Rentner Karl Stupp in Jülich. An diesem Ehrentage werden seine treuen Wähler der Kreise Düren und Jülich und die Mitglieder der Zentrumsfraktion, die mit ihm gearbeitet haben, des verdienten, angesehenen, ehemaligen Parlamentariers mit besonderer Anteilnahme gedenken.

Baal, 17. Jan. Hier ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr ein entsetzlicher Unglücksfall. Junge Knechte des Ophoverhofes spielten trotz Verwarnung mit einem alten Zünder, welcher explodierte und beide zerriß. Die Unglücklichen erlagen bald ihren Verletzungen. Die Oeffentlichkeit sei an diesem tragischen Fall wieder einmal zur Vorsicht gemahnt.

Buntes Allerlei.

Zur Psychologie des Ehepantoffels.

„Es gibt zwei Arten von Ehemännern," hat ein Philosoph gesagt, „solche, die von ihrer Frau ohne ihr Wissen beherrscht werden, und solche, die es wissen, daß sie beherrscht werden." Jedenfalls ist es eine ebenso merkwürdige wie wahre Tatsache, daß die meisten Männer ihre Frauen fürchten wie Kinder ihre Eltern. Den tieferen Gründen dieser Erscheinung geht der Psychologe Mortimer nach. „Das Sprichwort sagt zwar," schreibt er, „daß die wahre Liebe aus Furcht entsteht." Aber hat man schon jemals gesehen, daß ein Liebhaber bei seiner Erwählten Liebe dadurch erregen wollte, daß er sich bei ihr in Furcht setzt? Gerade in dem Wunsche, sich beliebt zu machen, ist vielleicht der psychologische Ursprung der Furcht zu suchen. Die Furcht des guten Ehemannes vor seinem Weibe ist daher eher eine aus Liebe geborene Aengstlichkeit, als eine feige Scheu. Aber etwas von Angst und Furcht ist doch immer dabei. Bei der Frau ist das Verlangen danach, gefürchtet zu werden, viel deutlicher ausgeprägt, als beim Manne. Aus ihren mütterlichen Instinkten heraus sucht sie sich dem Manne gegenüber, der stets etwas vom „großen Jungen" behält, überlegen und glaubt ihn noch immer „bemuttern" zu müssen. Aber die Hand der Mutter ist nicht nur streng, sondern auch sanft. Dieser mütterlich-herrschsüchtige Typus der Frau wird meist geradezu vom Manne verehrt, wenn die Frau die Naturanlage hat, weise zu herrschen. Es gibt eine Gruppe Männer, die unter rauher Oberfläche ein weiches Naturell verbergen. Bei diesen Mischseelen, die gewohnt sind, zu herrschen, sich aber ebenso leicht aus natürlichem Instinkte dem Einfluß der Frau beugen, muß die Frau zur weisen Herrschaft geboren sein. Denn diese gutmütigen „Herrscher" stemmen sich ebenso heftig und nachhaltig gegen eine bewußte Herrschsucht der Frau, wie sie der unbewußten in ihr Anerkennung und Dienst zollen. Für Frau und Mann gilt das Gleiche: Wer herrschen will, muß Neigung und Willen haben, sich beherrschen zu lassen.

*

Deutsches Leben in Litauen. Unter den Deutschen Litauens herrscht ein reges Leben. Die Partei der Deutschen Litauens hielt am 28. November in Kowno einen großen Delegiertentag ab, der eine rege Teilnahme fand und bei dem Vertreter aus allen deutschen Bezirken anwesend waren. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der Redakteur der Litauischen Rundschau, E. Jansen, gewählt. Der bisherige vorläufige Zentralausschuß wurde als ständige Organisation unter dem Vorsitzenden Herrn Kinder ernannt. Der nächste große Delegiertentag soll nach Wilkowischki einberufen werden. Es wurde beschlossen, die deutschen Abgeordneten in der Kownoer Stadtverordnetenversammlung zu bitten, eine Fraktion zu bilden. In Kibarty, an der preußischen Grenze, gegenüber Eydtkuhnen, wo mindestens 450 deutsche Familien wohnen, wurde nach einer glänzend verlaufenen Versammlung ein Kreisausschuß begründet und wurden der deutschen Partei 60 Parteimitglieder gewonnen.

*

Vom Schiffsjungen zum Vizekönig. Die englische Regierung hat das Vizekönigtum von Indien dem jetzigen Justizminister Lord Reading angeboten, der 61 Jahre alt und Israelit ist. Er heißt eigentlich Rufus Isaac und ist der Sohn eines Kaufmanns. In seiner Jugend wirkte er zuerst als Schiffsjunge an Bord eines Dampfers. Während des Krieges wurde er mit einer außerordentlichen Mission nach den Vereinigten Staaten geschickt. Im Jahre 1918 wurde ihm der Posten eines Botschafters in Washington angeboten, den er jedoch ausschlug. Seine hervorragenden Eigenschaften als Diplomat ließen ihn für den Posten eines Vizekönigs in Indien besonders geeignet erscheinen.

Kleine Nachrichten.

Widersprochen, aber nicht widerlegt.

London, 16. Jan. Ein Beamter des französischen Kohlenbureaus erklärte dem Korrespondenten der Associad Preß, daß Frankreich jetzt schon in Kohlen schwimme. Es seien etwa 12—15 Millionen Tonnen Kohle in Reserve. Frankreich habe gezweifelt, daß Deutschland das Kohlenabkommen von Spa ausführen werde und hätte sich daher große Mengen von Kohlen aus England und Amerika gesichert. Die Eisenbahnen seien mit Kohlen angefüllt und der Einkauf hätte beinahe aufgehört.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat des Hrn. Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Selbsthilfe-Verkauf.

Am Mittwoch, den 19. Januar 1921, vorm. 10 Uhr, sollen zu Neuß, im Lagerraum der Firma **C. Thywissen**, Industriestraße 53:

15 Faß rohes Leinöl

für Rechnung dessen, den es angeht, durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Droß, Gerichtsvollzieher.

Selbsthilfe-Verkauf.

Am Mittwoch, den 19. Januar 1921, vorm. 11 Uhr, sollen zu Neuß im Lagerraum der Firma **L. Gehr**, städt. Lagerhaus:

200 Zentner Haferkleie

für Rechnung dessen, den es angeht, durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Droß, Gerichtsvollzieher.

1. Martinofen-Schmelzer

sowie einige ältere erfahrene

Dreher

für sofort gesucht.

Meldungen zwischen 9—11 Uhr vormittags.

Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke,

Abteilung Stahlwerk Krieger, Düsseldorf-Oberkassel.

Altrenommierte, gut eingeführte Weinhandlung sucht

Platzvertreter.

Off. unter N 563 an die Expedition d. Bl.

Rührigen Vertreter

sucht eine sehr leistungsfähige Kölner Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik zum regelmäßigen Besuche aller einschlägigen Geschäfte für Neuß und Umgegend. Ia. Fabrikate, leichte Absatzmöglichkeit, guter Verdienst. Angebote nur **strebsamer** Herren erb. unter N. N. 550 an **Ala. Haasenstein & Vogler, Köln.**

Tücht. Mädchen

das perfekt kochen kann und alle Hausarbeit übernimmt, in kleinen Haushalt nach

Rotterdam

gesucht. Hoher Lohn.

Offerten zu richten an Herrn Anton Lang, **Köln a. Rh. Pant. Mühlengasse 22.**

Junger Pferdeknecht und junger Arbeiter

gesucht.

Joh. Norbisrath, Neuß, Sternstr. 45.

Unverh., tüchtiger, zuverl.

Verwalter

f. einen gr. landw. Betrieb im Bezirk Köln **gesucht.** Angeb. m. Zeugnisabschr. u. O. H. 3148 an **Ala-Haasenstein u. Vogler, Köln.**

Unverh., älterer

Sattler

d. tücht. bef. in Arb., Pferdegeschirr ist, u. auch etwas schustern k., auf ein großes Gut i. Bez. Köln gesucht. Angeb. m. Zeugnisabschr. u. O. G. 3147 an **Ala-Haasenstein u. Vogler, Köln.**

Halbinvalide

für Garten- und leichte Feldarbeit gesucht. Wo, sagt die Exped.

Wir suchen für unsere Materialverwaltung 2 jüngere unverheiratete

Leute

im Alter von ca. 20—25 J. Bedingung gelernte Kaufleute, mögl. aus der Eisenbranche mit Tätigkeit i. der Materialverwalt. und Einkauf größerer Betriebe der verbrauchenden Industrie. Eintritt 1. Februar. Angeb. m. Zeugnisabschr., Lebenslauf erb. u. O. L. 3151 an **Ala-Haasenstein u. Vogler Köln.**

J. Verkäuferin

für Schweinemetzgerei sucht **Heinrich Arenz, Düsseldorf,** Cornelnusstr. 46.

In Küche und Haushalt wird ein tüchtiges kathol.

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, gesucht. Große Wäsche außer dem Hause. **Frau Landmesser Tilly, Neuß, Hindenburgplatz 8.**

Braves, in allen Hausarbeiten perfektes

Dienstmädchen

per sofort gesucht. **F. W. M. Obermeyer,** Niederstr. 29.

Braves, zuverlässiges

Mädchen

zu Lichtmeß gesucht. **Frau H. J. Reisdorf, Kapellen,** Bahnstr. 1.

Reichliche Stickstoffdüngung sichert:
Verdienst dem Landwirt!
Ausreichende Ernährung dem Volke!

Das

Stickstoff-Syndikat

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Berlin W 35

liefert:

Schwefels. Ammoniak	mit einem Stickstoffgeh. von				ungefähr	20,58%
Natronsalpeter	"	"	"	"	"	16%
Kalkstickstoff	"	"	"	"	"	18–22%
Ammonsulfatsalpeter	"	"	"	"	"	27%
Kaliammonsalpeter	"	"	"	"	"	16%

(letzterer ausserdem 25% Kali enthaltend).

Verbraucher wenden sich zum Bezuge am besten an die örtlichen Verkaufsstellen der Genossenschaften oder des Handels.

Tücht. Bäckergehülfe gesucht. **Jos. Engels,** Hymgasse 2.

Zuverlässiges Mädchen gesucht. Wo, sagt die Exped.

Suche für meinen Sohn sofort oder zu Ostern **Lehrstelle in Feinmechanik.** Gute Schulzeugn. vorh. Neukirchen b. Grevenbroich Hausn. 103.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse verschied Samstag mittag 12¼ Uhr meine innigstgeliebte Schwester, unsere Schwägerin und Tante, das wohlachtbare

Fräul. Marg. Kallen

mehrmals gestärkt durch die Tröstungen der kath. Kirche, im Alter von beinahe 75 Jahren, in Folge Altersschwäche.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Engelbert Kallen und Anverwandten.

Büttgen, Kaarst und M.Gladbach den 15. Januar 1921.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. Januar, morgens 9 Uhr, darnach die Exequien in der Pfarrkirche zu Büttgen statt.

Das Sechswochenamt

für meinen lieben Gatten, unsern guten Vater

Herrn Carl Kauffels

findet Dienstag, den 18. Januar, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet

Familie Carl Kauffels.



Vivat! Vivat! Anton!

Die herzlichsten Namenstagsgrüße

unserm 1. Vorsitzenden

Anton Düsemann.

Der Theaterverein Freiheit, Neuß.

Bekanntmachung.

Wahl der Beisitzer für das Kaufmannsgericht des Stadt- und Landkreises Neuß.

Infolge der Verordnung der Reichsregierung vom 29. Oktober 1920 wird Termin zur Wahl der Beisitzer des Kaufmannsgerichts auf

Sonntag, den 13. März 1921

bestimmt und zwar:

a) für die Kaufleute des Stadt- und Landkreises Neuß von 11 Uhr bis 11½ Uhr vormittags,
b) für die Handlungsgehilfen männlichen und weiblichen Geschlechts des Stadt- und Landkreises Neuß von 12 Uhr mittags bis 1 Uhr nachmittags.

Es sind zu wählen 12 Kaufleute und 12 Handlungsgehilfen auf die Dauer von 3 Jahren.

Der gesamte Bezirk des Kaufmannsgerichts umfaßt einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts wird für die Stadt Neuß und die Gemeinden des Landkreises Neuß **nur eine Wahlstelle** eingerichtet.

Die Wahl findet statt:

a) für die Kaufleute des Stadt- und Landkreises Neuß im Rathause zu Neuß, kleiner Sitzungssaal,
b) für die Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts des Stadt- und Landkreises Neuß im Rathause zu Neuß, großer Sitzungssaal.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Eintragung in die auf der Gerichtsschreiberei zu Neuß, Büchel 6, 1. Etage, Zimmer Nr. 2, offenliegenden Wählerlisten kann nur innerhalb zweier Wochen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung unter Beifügung der erforderlichen Bescheinigungen (Jahreseinkommen nicht über 30 000 Mark) mündlich oder schriftlich beantragt werden. Korporationen und Vereine können ihre Mitglieder in einer Liste anmelden; das Geburtsdatum und die Wohnung darf nicht fehlen.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind die Personen männlichen und weiblichen Geschlechts berechtigt, wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und in dem Bezirke des Kaufmannsgerichts ihre Handelsniederlassung haben oder beschäftigt sind.

Nicht wählbar und nicht wahlberechtigt sind:

1. Nichtdeutsche;
2. Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben;
3. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;
4. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Den Kaufleuten im Sinne der §§ 11 bis 13 des Reichsgesetzes betreffend Kaufmannsgerichte stehen gleich die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person, sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Wahllisten liegen in der Zeit vom **4. Februar 1921 bis einschließlich 11. Februar 1921** während der Dienststunden auf der Gerichtsschreiberei zu Neuß, Büchel 6, 1. Etage, Zimmer Nr. 2, zu jedermanns Einsicht offen. Einwendungen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen müssen binnen 3 Tagen nach beendeter Auslegung bei der betreffenden Stelle (Gerichtsschreiberei), angebracht und durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen begründet werden.

Zu Beisitzern sollen nur männliche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben.

Zu dem Amte können wegen geistiger und körperlicher Gebrechen ungeeignete Personen nicht berufen werden.

Die Wahlberechtigten werden zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten mit dem Hinweise aufgefordert, daß die Stimmenabgabe bei den Wahlen auf die in diesen Listen vorgeschlagenen wählbaren Personen beschränkt ist. Die für Kaufleute und Handlungsgehilfen getrennt aufzustellenden Vorschlagslisten dürfen nur je 12 Namen enthalten und müssen unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters von mindestens 30 Wählern des betreffenden Wahlkörpers unterzeichnet und spätestens bis 19. Februar 1921 eingereicht sein.

Im übrigen wird auf § 8 des Statuts verwiesen.

Neuß, den 13. Januar 1921.

Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts des Stadt- u. Landkreises Neuß.
Richen, Justizrat.

Bekanntmachung.

Kraft Anordnung der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission sind Kundgebungen und das Abhalten von Manifesten am 18. Januar 1921 untersagt.

Neuß, den 15. Januar 1921.

Die Pol.-Verw. Der Oberbürgermeister. J. V.: Hüpper.

Das Jahrgedächtnis

für meine liebe Tochter

Maria

Städtische Fürsorgerin,

findet Dienstag, den 18. Januar, morgens 9 Uhr, in der Marienkirche statt, wozu freundlichst einladet

Wwe. Therese Schneider.

Zwangs-Versteigerung

Am Dienstag, den 18. Januar 1921, nachmittags 3 Uhr, sollen zu Neuß im Versteigerungslokale Glockhammerstraße 50:

1 Schreibmaschine und 1 Kronleuchter

durch den Unterzeichneten öffentlich gegen gleich bare Zahlung versteig. werden.

Droß, Gerichtsvollzieher.

Kleines Haus

mit od. ohne Gartenland zu kaufen gesucht, gleich oder später. Off. unt. M. 2212 an die Exped. d. Ztg.

Wer tauscht 3 Zimmer u. 2 Manl., Mittelpunkt d. Stadt g. 5 Zimmerwohn. in besserem Hause?

Offerten unt. K. 2210 an die Exped. dieser Zeitung.

Junge Dame sucht p. sof. **möbl. Zimmer.**

Offerten unt. O. 2214 an die Exped. dieser Zeitung.

---

1 od. 2 möbl. Zimmer in Neuß ges. f. 2 Pers. Gut bezahlt. Off. unter F. 2206 an die Exped. dieser Ztg.

Möbliertes Zimmer, wenn möglich mit voller Pension v. j. Herrn ges.

Offerten unt. N. 2213 an die Exped. dieser Zeitung.

Wir suchen für unsern Angestellten

Logis mit Frühstück,

evtl. volle Pension. in gut. bürgerlichen Hause.

Foller u. Hagen.

— Pferd —

Tragende Stute, zugfest, zu verkaufen.

Math. Franken, Jülicherstr. 87.

Kräftiges, zuverlässiges

Arbeitspferd

ev. mit Karre zu kauf. ges.

Offerten unt. L. 586 an die Exped. dieser Zeitung.



Oldenburger Faselschweine zu verkaufen.

Kollenbroich, Glehnerweg 18.

Eine hochtragende Ziege zu verkaufen.

Weckhoven Nr. 116.

Tragende Ziege abzugeben.

Elsen, Orkenerstraße 32.

Eine tragende Ziege zu verkaufen.

Lövelinq, Bahnstr. 51.

Junger Reh-Pintscher zu verkaufen.

Grefrath, Rheydterstr. 52.

Geflügel.

Kaufe jed. Posten **Zucht- u. Schlachtgeflügel** zu den höchsten Preisen.

Jos. Busch, Kaarst,

Wild- u. Geflügelhandl., Fernspr. 52, Amt Osterath.

Achtung! Achtung!

Milchschafe

Verkaufe Dienstag, den 18. d. M., morg. 10 Uhr, auf dem Hofe des Hotel **Halboth, Grevenbroich:** mehrere gedeckte

Ostfriesl. Milchschafe

wozu ich Interessenten freundl. einlade.

Karl Dohmen,

Gelbe Erbsen,

beste diesjährige Kocherbse, sehr geschmackvoll, 10 Pfd. Mk. 24,—

Linsen,

diesj., 10 Pfd. Mk. 46,—.

Dieckmann, Samenhandl., **Rorf bei Neuß.**

Wer erteilt Herrn

französischen Sprachunterricht?

(Einzelunterricht).

Offerten unt. S. 2211 an die Exped. dieser Ztg.

Treppe oder Treppenleiter, 3,20 Mtr. hoch, 60 Zmtr. breit, zu kaufen gesucht.

Von wem, sagt die Exp.

Gebr. Küchenschrank zu verkaufen.

Wo, sagt die Exped.

Statt Karten.

Herbert

Die glückliche Geburt eines

prächtigen Jungen

zeigen hocherfreut an

Aug. Koenemann und Frau
Elisabeth geb. Trusheim.

Neuss, Brückstr. 16, 15. Jan. 1921.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung im Rathause am Dienstag, den 18. Januar 1921, nachmittags 5 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Errichtung eines Tores am Ende der Hessenstraße.
2. Anschaffung eines Lichtbildapparates.
3. Antrag des Kath. Fürsorgevereins auf Erhöhung des städtischen Zuschusses.
4. Besteuerung des Existenzminimums.
5. Antrag betr. Zuständigkeit der Finanzkommission.
6. Antrag betr. Wirtschaftsrat.
7. Erhöhung von Anerkennungsgebühren.
8. Erhöhung von Pachtpreisen.
9. Mietfestsetzungen.
10. Erhebung einer Klage.
11. Verwaltung des Hauses Ecke Dreikönigen- und Uhlandstraße.
12. Eingruppierung von Beamten.
13. Genehmigung eines Vergleichs.

Neuß, den 16. Januar 1921.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Klein.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut darauf hingewiesen, die Hausliisten wie in bisheriger Weise weiterzuführen. Bei Nichtbefolgung tritt evtl. Bestrafung durch die Besatzungsbehörde ein.

Neuß, den 15. Januar 1921.

Die Pol.-Verw. Der Oberbürgermeister. J. V.: Hüpper.

Bekanntmachung.

Trotz der Erhöhung des Syndikatspreises und der gestiegenen Transportkosten ist die Preisprüfungsstelle in ihrer Sitzung vom 10. Januar 1921 zu dem Entschluß gekommen, von einer Erhöhung der Kohlenpreise für Briketts Abstand zu nehmen. Der Preis für Briketts beträgt demnach nach wie vor 13 Mark. Bei dieser Gelegenheit muß nochmals und dringend darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Kohlenhändler, die Kohlen nach auswärts liefern, sich den schwersten Strafen und der Schließung ihres Geschäftes aussetzen. Es wird unnachsichtlich eingeschritten werden.

Neuß, den 14. Januar 1921.

Die Preisprüfungsstelle. Braun, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Gemäß der Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1915 R. G. Bl. S. 835, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Lastkraftwagen, hatte ich die Benutzung einer nicht elastischen Bereifung der Radkränze von Lastkraftwagen und deren Anhänger auf jederzeitigen Widerruf genehmigt. Nachdem ich bereits auf Ersuchen des Reichsamts für Luft- und Kraftfahrwesen und Anweisung der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern die Erlaubnis zur Verwendung einer nicht elastischen Bereifung für Lastkraftwagen zum 1. November 1920 zurückgezogen habe, nehme ich nunmehr zum 1. März 1921 auch die Erlaubnis hinsichtlich der bereits zugelassenen Anhängewagen der Lastkraftwagen allgemein zurück. Vom 1. März 1921 ab sind für die Bereifung von Anhängewagen ausschließlich wieder die Bestimmungen des § 25 der Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen, vom 3. Februar 1910 (R. G. Bl. S. 389) maßgebend. Anträgen auf Neuzulassung von Anhängern mit einer nicht elastischen Bereifung wird ab 1. Januar 1921 nicht mehr stattgegeben.

Düsseldorf, den 3. Januar 1921.

Der Regierungspräsident. (Unterschrift(.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister B Nr. 121 wurde heute bei der Firma **Hahn u. Siegers, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Neuß,** eingetragen:

Die Firma ist geändert wie folgt: **Anton Hahn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.**

Neuß, den 13. Januar 1921.

Das Amtsgericht Neuß.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister wurde heute unter Nummer 20 bei der Firma: **Neußer Spar- und Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Neuß,** eingetragen:

Jakob Goebels, Maschinenarbeiter in Neuß, ist an Stelle des ausgeschiedenen Josef Keller in den Vorstand gewählt.

Neuß, den 13. Januar 1921.

Das Amtsgericht.

Kochunterricht.

Hier soll bald ein Haushaltungskursus eröffnet werden. Derselbe dauert 6 Wochen von morgens 8½ bis nachmittags 2½ Uhr. Es wird voller Unterricht im Kochen erteilt. Daher kann ich eine zahlreiche Beteiligung der jungen Mädchen nur dringend empfehlen. Das Schulgeld ist auf 50 M. festgesetzt worden.

Anmeldungen sind bis spätestens Mittwoch, den 19. ds. Mts. bei mir anzubringen. Es können nur 12 bis 15 Teilnehmerinnen angenommen werden.

Büttgen, den 15. Januar 1921.

Der Bürgermeister: Grootens.

Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag u. Kreistag.

Die Wählerlisten für die Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag liegen vom 23. bis 30. Januar cr. auf dem Bürgermeisteramte von 8 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr zu jedermanns Einsicht offen. Einsprüche gegen die Richtigkeit können während dieser Zeit schriftlich oder zu Protokoll bei mir angebracht werden.

In den nächsten Tagen erhält jeder in die Wählerliste aufgenommene Wähler eine schriftliche Nachricht, unter welcher Nummer er in der Wahlliste eingetragen ist. Wer eine solche Nachricht nicht erhält, muß also seine Aufnahme im Einspruchsverfahren beantragen.

Büttgen, den 14. Januar 1921.

Der Bürgermeister: Grootens.

Bekanntmachung.

Die Wählerlisten für die am 20. Februar 1921 stattfindenden Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag liegen vom 23. bis 30. Januar 1921 einschließlich für die Gemeinde Rommerskirchen in den Stunden von 2½ bis 6 Uhr nachmittags und Sonntags von 11 bis 12 Uhr im Bürgermeisteramt Rommerskirchen und für die Gemeinden Nettesheim-Butzheim und Frixheim-Anstel im Bürgermeisteramt Nettesheim in den Stunden von 8½ bis 12½ Uhr vormittags und Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags zu jedermanns Einsicht offen.

Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Unterzeichneten schriftlich oder mündlich anzubringen.

Einsprechende haben, soweit die Richtigkeit ihrer Behauptungen nicht offenkundig sind, für sie Beweismaterial beizubringen.

Rommerskirchen/Nettesheim, den 15. Januar 1921.

Der Bürgermeister: Demuth.

---

1 Tiefpflug,
1 Jauchepumpe,
1 Pferdehahm zu verk.
Giesen, Neckerath.

Alte Ansichten der Stadt Neuß zu kaufen gesucht.
Gefl. Adr. an Deneke, Neuß, Rheinstraße 80.

---

1 P. hohe Damenschuhe 37/38 zu verkaufen.
Drususstraße 67.

Prima Stoff
f. Herrenanzug u. ein Paar Damenschuhe
Nr. 38 billig zu verkaufen.
Jos. Bossen, Furtherstr. 91.

Apollo-Theater Neuss

Erftstrasse 58. Direktion Wilh. Herbrechter. Telefon 869.

Gastspiel des Albert Schumann-Theaters Frankfurt a. M.

Ab 17. Januar 1921:

Die Fledermaus

Operette in 3 Akten von Johann Strauss.

Frau Hermine Hoffmann vom Stadttheater Düsseldorf als Gast.

Morgen beginnt

der grosse

Schuh-Inventur-Verkauf

zu

fabelhaft billigen Preisen!

Rheinische Schuh-Industrie

J. Engelen,
Niederstrasse 70.

Wohnungs-Interessenten

werden auf die heute abend 8 Uhr im Saale des Herrn Peppekus, Kapitelstrasse 25, stattfindende **Versammlung** aufmerksam gemacht.

Näheres besagt die Anzeige in der Samstagsausgabe.

Presto - Landaulet

14/40 PS., Chassis von Grund auf durchrepariert, Karosserie auf neu renoviert, innen grauer Cordstoff, Führersitz Lederpolster, abn. Continentalfelgen 820 120, kompl. Beleuchtg.

sofort lieferbar.

Anfr. erb. unt. C 578 an die Expd. d. Ztg.

Sämtliche Oele und Fette

für Industrie und Landwirtschaft liefern

Winkopp & Gebhardt,
Neuß, Drususplatz 64. Telephon 975.

+ Bruchleidende +

bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares konkurrenzlos dastehendes, ärztlich empfohlenes **Universal-Bruchband** tragen, was für Erwachsene u. Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezialist ist zu sprechen in **Neuß, Hotel Rheinischer Hof** am Donnerstag, den 20. Januar, abends v. 6½—7½, u. Freitag d. 21., morgens von 8—11½; in **Willich, Hotel Bonten,** am Donnerstag d. 20., mittags v. 1½—4½; in **Mülheim (Rh.), Hotel Berg'scher Hof** am Freitag, den 21., mittags v. 2¼—6 mit Muster **vorerwähnter Bänder,** sowie mit ff. **Gummi- und Feder-Bänder** neuest. Systems, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib-, Umstands-, Muttervorfall- und Mastdarmvorfall-Binden, wie auch Geradehalter, Krampfaderstrümpfe und Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben sachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. Anerkennungsschreiben stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädie-Fabrikation Konstanz in Baden, Wessenbergstraße 15/17. :: Telephon 515.

---

4 ts

Mannesmann - Mulag - Lastauto

45 PS Motor,-Hinterkipper für Handbetrieb, neue Vollgummibereifung, sofort fahrbereit

abzugeben.

Anfragen erbeten unter B 577 an d. Expd. d. Z.



Wir erhalten heute einen Transport guter Simmenthaler und Württemberger

Arbeitsochsen.

Cohnen, Aldenhoven
Telefon 66, Amt Kapellen.

Allg. Turn- und Sport-Verein 1903

Mittwoch, den 19. Jan., abds. ½8 Uhr, im Römer

Jahreshaupt-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht.
Vorstandswahl.
Verschiedenes.

Es wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Gut Heil!

Der Vorstand.

Schirme

werden fachmännisch und sofort repariert.

Hans Laues,
Büttgerstraße 16, part.

Piano

Stimmen, Reparieren.
Mauelshagen,
Niederstr. 39, Tel. 1127.

Ziehung 29. Jan. 1921.

Große Kölner Lotterie

zum Bau des Lehrer-Erholungsheims zu Stromberg, 4317 Gewinne, 4 à 25 ab 1. Gewinn 25,— M.

110000
50000
30000
20000
10000

Lose zu 2,40 M.

Porto und Liste 50 Pfg.

Eine feine Banknotentasche mit 5 Losen 12 M.

10 „ 24 „

verschiedene Tausend Porto und Liste 1 M. mehr empfiehlt und versendet

Amtenbrink

Bankhaus • Köln a. Rh.

Lose erhält i. s. Lotteriegesch.

Institut für Tanz- und Anstands-Lehre.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich bereit bin, den geehrten Herrschaften von Neuss und Umgegend Einzelunterricht in der Tanz- und Anstands-Lehre der Neuzeit zu erteilen in deren Privatwohnung. Die Beteiligung mehrerer Paare bei solchem Einzelunterricht ist gestattet. Es besteht die Möglichkeit, den diesbezüglichen Unterricht an Wochentagen Mittwochs, Donnerstags und Freitags zu erteilen. Da bereits mehrere diesbezügliche Anmeldungen vorliegen, sind weitere Interessenten höflichst gebeten, ihre Anmeldungen recht bald zu vollziehen und zwar

a) Im Hotel-Restaurant von Herrn Pilartz, Krefelderstrasse,
b) schriftlich an untenstehende Privatadresse.

Euskirchen, Rhld., Wilhelmstr. Nr. 51.

Franz Gjmnich,
Mitglied des Bundes deutscher Tanzlehrer.

Jahrgang 1920 des St. Quirinusblattes

ist, in hübschem Einband, zum Preise von

Mk. 16.— pro Band

zu beziehen von der **Gesellschaft für Buchdruckerei,** Neuß, :: Niederstraße 46. ::

Vereinskalender.

Kath. Arbeiterverein St. Marien, Theaterabt. Dienstag, 6 Uhr: Probe bei Pirkenhauer für das Schauspiel. Alle vier Akte.

Kath. Arbeiterverein St. Marien. Dienstag abend 8 Uhr: Vorstands- und Vertrauensmännersitzung im Sekretariat.

Deutsche Jugendkraft. Schiedsrichtervereinigung Neuß-Grevenbroich. Heute abend 8 Uhr: Schiedsrichtersitzung bei Höveler, Furtherstr. 2.

Kinderschuh in der Büttgerstr. verloren. Wiederbr. Belohnung. Hammtorwall 50, II.

Rehf. Hündin, 4 M. alt, m. weiß. Brust u. w. Pf. a. d. N. Waldi h. em 4. d. M. abh. gek. G. Bel. abz.

Jos. Bongartz, Heldenstein. Vor Ank. w. gewarnt.

Brauner Jagdhund auf den Namen Treff hör., entlauf. Wiederbringer erhält Belohnung.

Jos. Lambertz, Venloerstr. 32.

Samst. 2 Uhr ein kl. schw. langh. Hündchen abhand. gek. Geg. Belob. abzugeb. **Th. Besch, Hammerlandstr.**

Vor Ank. wird gewarnt.

Mädchen sucht Stelle. Widdeshoven Nr. 1.

Tücht. Dienstmädchen

gegen hohen Lohn zum 1. Februar gesucht.

Grevenbr., Orekenerstr. 92.

Geldmappe mit Inhalt u. Paß verloren v. Karl Schütt bis Münsterkirche, wahrscheinlich bei Schütt. Wiederbr. erh. Belohn.

Quirin Littgen, Büttgen-Dorf G. 61.

In der Straßenbahn von Neuß n. Düsseldorf **Schirm** gef. Geg. Bel. abzuholen Oberstraße 91.

Kl. dkl. grauer Hund entl. G. Bel. abzugeben **Joh. Girmes, Kaarst.**